

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Ost- und Westpreußen je mm 0,12 Blott für die achtgepaltene Zeile, außerhalb 0,15 Bl. Anzeigen unter Zert 0,60 Bl. von außerhalb 0,80 Bl. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 8. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königschütt, Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 1004

1000 Menschen lebendig verbrannt

Furchtbarer Vulkanausbruch in Niederländisch-Indien — 600 Verletzte und viele Ertrunkene — 6 Dörfer vernichtet — 9 Schiffe spurlos verschwunden

Belgiens „Abrüstung“

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Brüssel, im August 1928.

Als das belgische Königspaar vor zwei Monaten nach dem belgischen Kongo abfuhr, überließ es dem Herrn Jaspars die Regelung einer Angelegenheit, die diesem die größte Sorge bereitet: Seine Aufgabe besteht darin, das belgische Militär auf eine neue Basis zu stellen in einer Zeit, da alles nach Abrüstung drängt. Belgien aber rüstet ab.

Herr General Gallet, der Chef des belgischen Großen Generalstabs, will zwar die Zahl der belgischen Soldaten herabsetzen, aber dafür soll die Dienstzeit für bestimmte Militärdaten-Klassen verlängert werden. Das bedeutet in einer Zeit, in der bereits im Budget jedes Landes das Mißliche dessen, was für Kulturaufgaben angelegt ist, für die Vorbereitung eines neuen Krieges verwandt wird, eine neue Erhöhung der Ausgaben für Militärzwecke auf 800 Millionen belgische Franken. Herr der Broqueville, der auch wieder im zweiten Kabinett Jaspars Minister der nationalen Verteidigung ist, erklärte zur Begründung seiner neuen Militärgesetze, daß die deutsche Gefahr nie größer sei als jetzt. Emile Vandervelde, der hierüber kürzlich in der „Depeche de Loulouise“ schrieb, versteht diese seltsame Begründung, die angesichts der Zusammenhänge der heutigen deutschen Regierung doppelt unverständlich erscheinen muß, allerdings mit einem starken Fragezeichen. Die belgische sozialistische Partei hat gegen das neue Militärprojekt von Anfang an einen scharfen Kampf geführt. Sie verlangt eine Miliz mit einer sechsmonatigen Dienstzeit. Im Regierungsprojekt sind 60 Millionen für die Militärdaten vorgesehen, die länger als die übrigen Truppen dienen sollen; während 23 000 von den 44 000 belgischen Soldaten nur 8 Monate zu dienen haben, sind 12 Monate für die Militärdaten vorgeschrieben. Für Kavalleristen, Artillerie zu Pferd und für die 3 600 Lütticher Festungssoldaten 13 Monate und für 2 300 weitere Soldaten sogar 14 Monate.

Aber schon allein aus den Ausführungsbestimmungen geht hervor (so soll ein Sohn jeder Familie 12, 13 oder 14 Monate dienen), daß statt der vorgesehenen 23 000 Menschen höchstens 15 000 auf 8 Monate eingestellt werden, während die Sozialisten fordern, daß unter den gegebenen Verhältnissen 39 000 Mann wenigstens der achtmonatigen Dienstzeit teilhaftig werden sollen. Desgleichen verlangen die christlichen Demokraten eine achtmonatige Dienstzeit für die große Mehrheit der Soldaten; denn sonst wäre das Land in 3 Soldatenarten eingeteilt: Einige dienen überhaupt nicht (15 000), andere müssen 8 Monate unter Waffen sein (etwa 15 000), und schließlich müssen etwa 39 000 andere sogar 12, 13 und 14 Monate beim Militär bleiben.

Seit die christlichen Demokraten, die das Koalitionsministerium Jaspars unterstützen, vor drei Monaten bei den Wahlen zu den Gemeinderäten die meisten ihrer Stimmen an die Sozialisten verloren haben, versuchen sie, der Regierung gegenüber etwas fester als vorher aufzutreten. Sie wenden sich besonders dagegen, daß jeder, der über 8 Monate dient, eine Entschädigung von 400 Franken pro Monat erhalten soll, und sie bekämpfen auch die Vorschrift, daß jeder Offizier das Flämische und das Wallonische zu beherrschen hat. Nach dem neuen Militärgesetz sollen die Rekruten nur in ihren Heimatprovinzen eingestellt werden. In Provinzen, in denen die Zahl der Kasernen nicht ausreicht, sollen die überschüssigen Rekruten in die Kasernen der Nachbarprovinzen weitergegeben werden, und zwar möglichst in Provinzen gleicher Sprache. Das bedeutet, daß in allen Provinzen außer im Brabant, nur entweder das flämische oder das wallonische gesprochen wird, daß sich künftig Flamen und Wallonen in der Armee nicht mehr treffen werden. Damit ist vor allem einem alten Wunsch der Flamen Rechnung getragen. Doch wird man jetzt wohl trotzdem noch künstlich versuchen, wenigstens jeden Truppenteil von Soldaten beider Sprachen zu durchsetzen.

Frankreichs neue Armee zählt 20 Divisionen zu 12 000 Mann. Das belgische neue Heer wird 6 aktive Divisionen zählen, zu denen 6 weitere Reservedivisionen kommen sollen. Abgesehen von den wenigen christlichen Demokraten sind die Sozialisten zusammen mit den paar Kommunisten (die im belgischen Parlament im Zentrum sitzen!) die einzigen, die gegen die neuen Militärpläne Front machen (86 Sozialisten gegen eine Mehrheit von 101 Liberalen, katholischen Konservativen und christlichen Demokraten). „Die Sozialisten

London. Die Meldungen über den Vulkanausbruch in Niederländisch-Indien verdichten sich immer mehr zu einer Katastrophe größten Umfangs. Auf einer Insel in der Nähe des speienden Kraters wurden sechs Dörfer vollkommen zerstört. Dabei sollen über 1000 Personen lebendig verbrannt sein und über 600 durch Steinerschlag verletzt worden sein. Ein Erd- und Seebeben, das zu gleicher Zeit wütete und riesige Ueberflutungen verursachte, erhöhte die Zahl der Todesopfer. Mehrere Eingeborenen-Schiffe sind mit der gesamten Besatzung verschollen.

Amsterdam. Ein amtliches Telegramm des Residenten, der sich sofort nach dem Vulkanausbruch auf der Floresinsel an die Unglücksstätte begeben hat, bestätigt die bisher vorliegenden Meldungen, wonach rund 1000 Menschen der Katastrophe zum Opfer gefallen sind. Während des Vulkanausbruches sei das Wasser des Meeres auf allen Seiten der Insel um etwa 5 Meter gestiegen. Das Wasser habe sehr hohe Temperatur gehabt. Viele Menschen seien auf der Flucht ertrunken. Die Ueberlebenden seien mit Lebensmitteln ausreichend versorgt. Von 9 Schiffen, die z. Zt. der Katastrophe in der Nähe der Insel waren, fehle jede Nachricht. Man müsse befürchten, daß sie mit Mann und Maus untergegangen seien.

Brandkatastrophe in Oberpfalz und Mähren

100 Häuser niedergebrannt — Das boschitzer Judenviertel ein Raub der Flammen

Nürnberg. Ein furchtbarer Brand verwüstete am Donnerstag nachmittag den Marktstecken Luhe, der etwa 6 Kilometer von Weiden (Oberpfalz) entfernt liegt. Kurz nach 12 Uhr brach, wahrscheinlich infolge Kurzschlusses, in einem Anwesen der Hauptstraße Feuer aus, das sich mit ungeheurer Schnelligkeit ausbreitete. Innerhalb kurzer Zeit wurden 80 Wohnhäuser und Scheunen in Schutt und Asche gelegt.

Der Marktstecken Luhe ist so gut wie vernichtet. Infolge des stets wechselnden Windes schlugen die Flammen bald nach dieser bald nach jener Richtung, so daß alle Anstrengungen der zahlreichen Feuerwehren, dem wütenden Element Einhalt zu tun, vergeblich waren. Infolge der furchtbaren Hitze mußte man sich schließlich darauf beschränken, die weiter außerhalb liegenden Häuser zu schützen. Ob Menschen umgekommen sind, kann z. Zt. noch nicht festgestellt werden. Die Aufräumarbeiten sind im Gange. Zahlreiches Vieh ist in den Flammen umgekommen. Der Schaden ist ungeheuer groß.

Zu dem großen Brandunglück in Luhe

Nürnberg. Wie die Polizei in Weiden mitteilt, sind bei dem großen Brand in Luhe insgesamt 100 Gebäude dem verheerenden Element zum Opfer gefallen. Darunter befinden sich neben Scheunen, die vollgefüllt waren von Getreide und Vieh, zahlreiche Wohnhäuser. Der Brand konnte erst in der Nacht gelöscht werden, nachdem die Feuerwehr 10 Stunden lang an der Bekämpfung des Feuers gearbeitet hatte. Man weiß immer noch nicht, ob unter den Trümmern Tote liegen. Die Obdach-

losen wurden teils in den Häusern untergebracht, die vom Feuer verschont blieben, teils mit Lastkraftwagen nach Weiden gebracht. Die Ursache des Brandunglücks ist noch nicht völlig geklärt. Auf jeden Fall steht fest, daß das Feuer auf seinen Herd hätte beschränkt werden können, wenn nicht der südliche Wind die Flammen nach allen Richtungen getrieben hätte. Die Bevölkerung der Umgebung ist herbeigeeilt, um Hilfe zu leisten.

Opfer der Flammen

Olmütz. In der Stadt Boschitz brach am Donnerstag Mittag ein Brand aus, der mit rasender Geschwindigkeit um sich griff. Innerhalb kurzer Zeit fand das Judenviertel in Flammen. Bald darauf wurde auch das Rathaus und das Postgebäude von den Flammen ergriffen. Infolge Wasserknappheit ist an eine energische Bekämpfung des Brandes, der noch immer weiter wütet, nicht zu denken. 12 Feuerwehren aus der Umgebung, zwei Abteilungen der Olmüher deutschen Feuerwehr und ein Motorwagen der tschechischen Olmüher Feuerwehr sind mit den Löscharbeiten beschäftigt. Auch Militär ist zur Hilfeleistung unterwegs. In der brennenden Stadt herrscht furchtbare Panik.

173 Häuser niedergebrannt

600 Familien obdachlos.

Bresburg. Ein Großfeuer vernichtete in der Gemeinde Szajn 173 Häuser. 600 Familien mit 2000 Köpfen sind obdachlos. Zwei Kinder werden vermisst. Der Schaden beträgt etwa 10 Millionen Kronen. Große Erntevorräte sind vernichtet worden.

Für Abrüstung und sofortige Rheinlandräumung

Eine Rundgebung des internationalen Sozialistkongresses — Gegen die Bedrückung der nationalen Minderheiten

Brüssel. Die internationale Sozialisttagung erließ an die Weltarbeiterschaft eine Rundgebung, in der gegen die Rüstungen der Völker und gegen die Bedrückung der nationalen Minderheiten

protestiert wird. Die Rundgebung erinnert gleichzeitig die Militärs an ihre Versprechungen hinsichtlich der obligatorischen Schiedsgerichte der Abrüstung, der Rheinlandräumung und der Wiederherstellung der deutschen Hoheit im Saargebiet. Die Rundgebung spricht sich gegen den Faschismus und den Bolschewismus aus, verlangt aber, daß die normalen und freundschaftlichen Beziehungen mit Rußland wieder aufgenommen werden.

Brüssel. In der Donnerstagstagung der internationalen Sozialisttagung gab der französische Abgeordnete Paul Faure im Namen der französischen Gruppe eine Erklärung über die Räumungsfrage ab, die die Billigung der beiden politischen Ausschüsse der Tagung gefunden hat. In der Erklärung heißt es: Die Räumung selbst bis zum vertraglich vereinbarten Termin hinauszuschieben, hieße einen schweren politischen Fehler begehen,

ohne daß materielle Vorteile irgendwelcher Art daraus entsprängen. Man fordere daher schon seit langem die sofortige Räumung. Bei der Abmachung in Thoiry zwischen Briand und Stresemann scheine man übereingekommen zu sein, die Mobilisierung der deutschen Reparationschulden im Zusammenhang mit der Räumungsfrage zu bringen. Im Interesse des Friedens könne dem zugestimmt werden, wenn diese Schuld mobilisiert und kontrolliert werde. Aber man wolle vermeiden, daß die finanziellen Schwierigkeiten, deren Lösung so oft abhängig vom Ausland sei, für die vom Sozialismus ununterbrochen geforderte sofortige Räumung ein Hindernis bilde. Die Räumungsfrage könne nicht im Zusammenhang mit der zufriedenstellenden Lösung der Abrüstung und Sicherheitsfrage gebracht werden. Es sei in der Tat wünschenswert, daß diese Auffassung ohne Unruhe und ohne Hintergedanken von der französischen öffentlichen Meinung angenommen werde, von der ein großer Teil immer noch eine Sicherheitsgarantie in der militärischen Besetzung sehe. An Stelle dieser Militärsicherheitsgarantie werde die internationale Kontrolle treten. Diese Kontrolle werde, sobald die Umstände es erlaubten, innerhalb der allgemeinen Abrüstung, von der die deutsche Abrüstung nur der Auftakt gewesen sei, erfolgen müssen.

Der neue Präsident von Panama

Savanna. Trotz des heftigen Widerstandes der Konservativen Partei, die eine Washington-freundliche Politik vertritt, wurde der Kandidat der Liberalen, Don Florencio Arosamena zum Präsidenten der Republik Panama gewählt.

können nicht billigen, daß nach der Entwaffnung Deutschlands und nach dem Abkommen von Locarno das belgische Kriegsbudget größer ist als zur Zeit, da Deutschlands kaiserliche Armee eine wirkliche Gefahr bedeutete“, schreibt Emile Vandervelde darüber. Kurt Lenz.

